

21. IV. 1919

Niederösterreichischer Landtag.

Wien, 20. Mai.

Die Eröffnung des niederösterreichischen Landtages nahm nicht den ruhigen Verlauf, der sonst bei solchen, rein formalen Tagesordnungsgegenständen vorbehaltenen Sitzungen üblich ist. In das Gesetz vom 20. März 1919, mit dem die Landesordnung abgeändert wurde, wurde die Bestimmung aufgenommen, daß die Verhandlungssprache des Landtages die deutsche sei. Die drei tschechischen Landtagsabgeordneten scheinen die Meinung zu haben, daß für sie diese Bestimmung keine Geltung habe, gleichsam, als ob sie, wie in einem Zwischentritt gesagt wurde, als Angehörige eines fremden Staates Exterritorialität genießen würden. Die christlichsozialen und deutschnationalen Abgeordneten haben diese unnütze Demonstration in schärfster Weise zurückgewiesen. Es wäre zu wünschen, daß die tschechischen Abgeordneten, denen durch die neue Wahlordnung das Mitbestimmungsrecht in den Landesangelegenheiten zuteil wurde, es bei ihrer heutigen Demonstration bewenden ließen, damit der Landtag sich ruhiger Arbeit widmen könne. Auf allen Gebieten der Landesgesetzgebung gilt es, wie Landeshauptmann Sever heute ausgeführt hat, neu aufzubauen, Verfassung und Verwaltung des Landes müssen auf andere Grundlagen gestellt, für die Reform des Schulwesens, die Wiederbelebung von Industrie, Gewerbe und Landwirtschaft muß die Hilfe des Landes in Anspruch genommen werden. Die Finanzlage des Landes erfordert die Eröffnung neuer Einnahmequellen. Der Landeshauptmann wies auch auf die Sozialisierung hin und sagte, daß den großen Gemeinden jene Unternehmungen übertragen werden sollen, die sie zur Erfüllung ihrer Aufgaben brauchen. Donnerstag wird der Landtag die Ausschüsse wählen.

Nachstehend der Bericht über die Sitzung im Anschlusse an das Abendblatt:

Nach seiner Wahl zum Landeshauptmann hielt Abgeordneter Sever eine Rede, in welcher er der Versammlung seinen Dank für die auf ihn gefallene Wahl ansprach und dann ansführte:

Ich bin mir wohl bewußt, daß ich durch die Wahl aus dieser Versammlung, die ein treues Spiegelbild des Willens der niederösterreichischen Bevölkerung gibt, eine ganz andere Stellung gewinne, wie die früheren Landesherren. Der Statthalter, ein hoher Beamter, war nach oben hin ein Diener des Ministers des Innern, nach unten hin ein Herr, der nicht einmal dem Landtage verantwortlich war. Und gar im Krieg, wo der Landtag überhaupt ausgeschaltet war, wo der nackte Absolutismus und Bureaucratismus das Land ebenso wie das Reich beherrschte, galt der Statthalter als der unbeschränkte und unkontrollierbare Herr.

Das ist nun anders geworden. Das Volk hat im November das ganze System des Regierens in den Ländern gestürzt. Es hat durch Gesetz die Zusammenlegung der bisher landesfürstlichen und der autonomen Verwaltung verfügt und beide den freigewählten Vertretern übergeben. Durch das allgemeine und gleiche Wahlrecht aller Frauen und Männer des Landes ist dieses hohe Haus berufen. Durch die Wahlen hat das Volk endgültig erklärt, wie es das Land regieren und verwalten wissen wolle. Die Entscheidung erfolgte im Sinne des Fortschrittes und der sozialen Entwicklung. Ihnen und damit dem Volke, das Sie entsendet hat, bin und fühle ich mich für alle Amtsgeschäfte, die ich in diesem Sinne führen will, verantwortlich.

Die vorläufige Staatsverfassung und wohl auch die künftige gibt dem Lande und seiner Regierung eine wichtige und einflussreiche Stellung im Staate. Das Leitwort, das für die Beziehungen zwischen Staats- und Landesregierung gelten soll, heißt: „Anvernehmen“. Das gilt auch zwischen Land und Gemeinde. Die Landesregierung wird das Bindeglied zwischen dem freien Staate und der freien Gemeinde sein.

Die Gesetzgebung und die Verwaltung des Landes stehen unter dem Druck der Folgen des entsetzlichen Krieges und bald vielleicht auch der Folgen eines Gewaltfriedens. Aber so traurig diese Tatsachen sind, wir dürfen den Mut nicht sinken lassen, wir müssen uns wieder erheben, wir müssen aufbauen. Vor allem müssen wir Arbeit schaffen in der Industrie und im Gewerbe, in der Landwirtschaft und im Handel. Die Forderung der Industrie ist verknüpft mit der Sozialisierung der Kohle, des Eisens, der Wasserkräfte. Wir müssen vor allem den großen Gemeinden jene Unternehmungen übertragen, deren sie zur Erfüllung ihrer Aufgaben bedürfen. Das sind, soweit sie nicht kommunalisiert oder vom Staate sozialisiert sind: die Betriebe für den Personenverkehr, die Licht- und Kraftwerke, die Brotfabriken, die Schlachthäuser, die Mühlen, die Molkereien und die Brauereien. Auch die Ziegel- und Kalkwerke und die Steinbrüche werden in den Bereich der Gemeinwirtschaft einzubeziehen sein. Desgleichen das Anschlagwesen, die gewerbsmäßige Stellenvermittlung und die Apotheken, nicht zu vergessen der planmäßige Bau von Kleinwohnungen. Welchen Anteil das große Werk der Sozialisierung auch den Ländern noch zuweisen möge, Niederösterreich wird stets freudig mithelfen.

Künftig muß der Wiederaufbau auch auf dem Gebiete der Landwirtschaft einsetzen. Es darf nicht mehr vorkommen, daß die Landwirte an Saatgut und Dünger Mangel leiden. Auch unser Viehstand ist ganz niedergedrückt. Ihm wird unter anderm die neue Alpenwirtschaft helfen, die auf Jagdbesitzer keine Rücksicht nimmt. (Zustimmung.) Wir müssen unsere Volksernährung vom Auslande möglichst unabhängig machen. Zur Erreichung dieses Zieles, das allerdings leider noch in weiter Ferne steht, wird die Landwirtschaft durch Förderung des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens und durch die Herstellung direkter Beziehungen zwischen Produzenten und Konsumenten im gemeinsamen Interesse nicht nur der Landwirte, sondern auch der städtischen Bevölkerung zu fördern sein. Je besser das Land produziert, desto besser und billiger wird die Stadt versorgt sein. (Beifall.)

Während wir zur Gründung unserer Volks- und Selbstwirtschaft das Produkt der Landwirtschaft dem inländischen Konsum zuführen gedenken, müssen Industrie und Gewerbe hauptsächlich für den Export arbeiten. Die Gewerbeförderung wird insbesondere in Wien in der Förderung des Exportes bestehen. Kommen erst Handel, Industrie, Gewerbe und Landwirtschaft in Gang, so ist der Anfaß zum Wiederaufbau gemacht, das Gepeinert der Arbeitslosigkeit wird verschwinden, wir werden wieder arbeiten und essen.

Eine große Aufgabe ist uns im Schulwesen gestellt. Die Volksbildung ist einer jener Werte, die man uns nicht als Kriegsentschädigung nehmen kann, ebenso wenig wie man unseren geistigen Anschlag an die deutsche Kultur verbieten kann. Wir wollen die Schule hüten und betonen als eines unserer höchsten Güter, wir wollen unser intelligentes, fleißiges Volk zur höchsten Stufe des Wissens und Könnens emporheben. Die Landesregierung wird ihren Einfluß dahin geltend machen, daß die Jugend im patriotischen

Sinne, das heißt für den republikanischen und demokratischen Gedanken erzogen wird. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Wie in die Schule muß der neue Geist auch einziehen in die Verwaltung, der große Aufgaben gestellt sind. Der Ausbau unserer Eisenbahnen und Straßen, die Ausgestaltung der sozialen Verwaltung, insbesondere die Organisation der Findlings- und Waisenpflege, das Armenwesen und alle Zweige der öffentlichen Fürsorge, die Spitäler, die Heil- und Pflegeanstalten, das alles wird Gegenstand unserer ersten Sorge und Arbeit sein. In diese ganze soziale Verwaltung, von der die Massen des Volkes abhängig sind, von der Wiege bis zum Grab, wollen wir den neuen sozialen Geist tragen.

Wir wollen ihn aber auch hineintragen in die eigentliche politische Verwaltung, in die Behörden und Ämter. Diese müssen die Tatsache erfassen, daß sie nur dem Volk zu dienen haben und daß das Volk ihnen die einzige Autorität ist. Dem Beamten wird die entgegenkommendste Bereitwilligkeit gegenüber jedermann ohne Unterschied zur Pflicht gemacht. Insbesondere muß die ärgerliche Tatsache aus der Welt geschafft werden, daß man noch heute tagelang von einem Amt zum anderen geschickt werden kann, ohne daß sich eines als zuständig erklärt. Ich bin überzeugt, daß es unserer pflichtbewußten, arbeitsfreudigen Beamtenschaft gelingen wird, sich raschestens neu einzustellen. Die Landesregierung ist bereit, im Vereine mit der Staatsregierung die Verwaltungsreform durchzuführen. Bis die Reform vollzogen ist, wird sie darauf bedacht sein, daß auch in der ersten Instanz, bei der Bezirkshauptmannschaft, der Volkswille zum Ausdruck komme und diese ihre Amtshoheit nicht nur von der Landesregierung, sondern auch von der Bevölkerung ihres Bezirkes herleite. Dadurch wird den örtlichen Interessen am besten Rechnung getragen.

So gehen wir denn an die Arbeit. Wir verzagen nicht, wir geben uns aber auch keinen übertriebenen Hoffnungen hin. In dem Chaos des wirtschaftlichen und finanziellen Zusammenbruches, bei der schrecklichen Arbeitslosigkeit, die eine zweifelhafte und grausam verlängerte Blöcke bis in die letzten Monate noch vergrößerte, bei der Hungersnot, die noch immer herrscht, wachen die Schwierigkeiten einer geordneten Verwaltung von Tag zu Tag. Die Republik hat von der Monarchie ein schreckliches Erbe übernommen. Was unser Wille, unsere Kraft, unsere Arbeit vermag, wird geschehen, um über diese Zeit hinwegzukommen. Wer sein Volk liebt und dessen Bestes will, der gehe mit uns, aufwärts und vorwärts zum Heile unseres lieben Landes und seines Volkes. (Lebhafte Beifall und Handklatschen bei den Sozialdemokraten.)

Wahl der drei Landeshauptmannstellvertreter.

Es wird zur Wahl der drei Landeshauptmannstellvertreter geschritten.

Abg. Bierhammer (deutschnational): Von den 1.115.000 abgegebenen Stimmen sind 114.000 auf die deutschnationalen Vertreter im Landtag entfallen. Auf Grund dieser Differenz erheben wir Anspruch auf ein Mandat in der Landesregierung und bringen hierfür den Abg. Ritzinger in Vorschlag.

Bei der Wahl erhalten die Abg. Johann Mayer und Steiner 114 Stimmen, der Abg. Widholz 108 und der Abgeordnete Ritzinger 8 Stimmen. Es erscheinen somit die Abgeordneten Johann Mayer, Steiner und Widholz zur Landeshauptmannstellvertretung gewählt. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten und Christlichsozialen.)

Wahl der Landesräte und Funktionäre.

Zu Landesräten werden gewählt die Abgeordneten Karl Müller, Rudolf Müller, Pölzer, Soller, Sufel, Nepržil und Zwegbacher.

Zu Schriftführern werden gewählt die Abgeordneten Adolf Müller, Paulitz, Anna Raff, Otto Soller, Wolke und Dr. Walter Riehl.

Mittels Jurates werden zu Ordnern gewählt die Abgeordneten Lang und Serditsch.

Bericht des Finanzkontrollausschusses.

Im Eintrage befindet sich der Bericht des Finanzkontrollausschusses über seine Tätigkeit in der Zeit vom 24. Juni 1914 bis Ende 1918. Den Bericht wird in einer der nächsten Sitzungen der Abg. Satz erstatten.

Nächste Sitzung Donnerstag dem 22. d., 11 Uhr vormittags, Tagesordnung: Wahl der Ausschüsse.